



Interview Roland Reichenbach | Professor für Allgemeine Erziehungswissenschaft, Universität Zürich | DANIEL FLEISCHMANN

Demokratie heisst, Gemeinschaft zu erleben und Dissens zu ertragen

Kinder können am Ende ihrer Schulzeit die drei Gewalten im Staat unterscheiden. Das ist eine von vielen Vorgaben im Lehrplan 21 zur demokratischen Bildung. Auch Menschenrechte oder nachhaltige Entwicklung sollen thematisiert werden. Roland Reichenbach relativiert zu hohe Erwartungen. Für guten Demokratieunterricht stehe zu wenig Zeit zur Verfügung – es sei denn, die Lehrperson nimmt sie sich.

Demokratien durchlaufen schwierige Zeiten: Corona oder Klimakrise offenbaren ihre Grenzen, Fake News gefährden sie. Wie wichtig ist Demokratiebildung heute?

Sehr wichtig. Aber lassen Sie mich zwischen Demokratie als Lebensform, als Gesellschaftsform und als Staatsform unterscheiden. Die demokratische Lebensform bildet – nach John Dewey – die Grundlage der demokratischen Staatsform. Ich sehe sie in unseren Breitengraden kaum in Gefahr: Das Ideal der symmetrischen Kommunikation ist in Familien und Partnerschaften weitgehend realisiert. Ähnliches gilt für die Staatsform. Auf der Ebene der Gesellschaftsform – Ihr Stichwort Fake News – sehe ich hingegen ein beängstigendes Schwinden des Interesses an der res publica. Das Zürcher Forschungszentrum Öffentlichkeit und Gesellschaft hat 2019 erhoben, dass sich 56 Prozent der Personen unter 30 nicht über traditionelle Medien informieren, sondern nur über Facebook, Twitter und Co. Zehn Jahre zuvor lag diese Zahl noch bei 36 Prozent. Die Pointe: 80 Prozent dieser

Gruppe glauben den Nachrichten in den Social Media gar nicht. Das ist, mit Verlaub, Zeichen einer Bullshit-Kultur: Den Informationen, die man konsumiert, glaubt man nicht, aber wie es sich verhält, will man auch nicht wissen. Die Menschen müssen sich ja nicht politisch engagieren, aber sie könnten wenigstens halbwegs interessierte Zuschauer sein.

Dann braucht es sogar mehr Demokratiebildung?

Durchaus, und man kann damit schon in der ersten Klasse beginnen. Das Problem ist nur, dass auch viele andere Dinge mehr Bildung verdienen: Religiöse Themen, die neue Relevanz haben, Ästhetik, Ökonomie, Technik, Naturwissenschaft. Die Schule ist normativ überdeterminiert – zu viel des Guten, zu wenig Zeit. Gleichzeitig sehe ich eine implizite Demokratieförderung in unseren Schulen. Mathematik, Naturwissenschaften, Sprachen, sie alle orientieren sich am Grundsatz intersubjektiver Gültigkeit. Das hat eine anti-indoktrinäere Bedeutung. Die Lehrperson kann nicht sagen, dass zwei und zwei fünf gibt, nur weil sie vorne steht. Dadurch trägt die Schule wohl mehr zur Demokratie bei, als man denkt. Man sollte das Politische nicht auf eine eng verstandene Partizipation verkürzen.

Es gibt Lehrpersonen, die genau das betonen; sie handeln mit den Schülerinnen und Schülern zum Beispiel Klassenregeln aus. Das ist oft ein Pseudodiskurs, weil die Lehrerinnen und Lehrer ja



Lieselotte Bewley

wissen, wie eine gute Klassenordnung aussehen soll. Es gibt interessante Versuche, das Schulleben zu demokratisieren, die «Just Communities» von Lawrence Kohlberg etwa. Aber das Resultat überzeugt am Ende weniger. Es ergibt Sinn, wenn man mit kleinen Kindern diskutiert, wie man den Pausenhof gestalten könnte oder wie die Älteren mit den Jüngeren umgehen sollen. Da lernen sie viel. Aber sobald sie in die Pubertät kommen, werden ihnen diese Themen meist gleichgültig, weil man über die wichtigsten Dinge ohnehin nicht abstimmen kann. Auf dieser Stufe ist ein Fachunterricht vorzuziehen, in dem die Jugendlichen die wichtigsten Organe und Prozeduren demokratischer Staatswesen kennenlernen.

Eine solche Institutionenlehre sei für junge, an sich politikinteressierte Jugendliche kompliziert und langweilig, sagte der ehemalige LCH-Zentralpräsident Beat Zemp.

Gerhard Himmelmann hat da nützliche Unterscheidungen getroffen. Auf der Grundstufe solle das Gewicht auf der demokratischen Lebensform liegen. Hier lernen Kinder die interpersonalen Handlungsformen kennen. Wie redet man miteinander? Wird man darauf aufmerksam gemacht, wenn man den anderen kränkt? Nimmt man die anderen ernst? Diese soziomoralische Erziehung ist ein Fundament des demokratischen Zusammenlebens, sie fördert den Gemeinsinn. Ab Zyklus 3 steht dann die Auseinandersetzung mit der Gesellschaft im Zentrum. Diese umfasst ganz unterschiedliche und zum Teil sich widerstrebende Vorstellungen von Gemeinschaftlichkeit; im Zentrum stehen also Pluralität und Dissens – in Bezug auf Religion, Expressionsformen, Ästhetik, Politik. Das interessiert die Jugendlichen und schützt sie hoffentlich davor, einfache Antworten zu suchen und Führungsfiguren hinterherzulaufen.

Dann stehen im Zyklus 3 eher politische Konflikte im Vordergrund?

Ja, denn Demokratie und Politik haben immer mit Interessenkonflikten zu tun. Demokratie lernen heisst, zu erkennen, dass es zwar ein gemeinsames Verständnis über demokratische Institutionen und Prozeduren gibt, aber auch unterschiedliche Interessenlagen, die man nicht immer diskursiv lösen kann. Manchmal kann man in Verhandlung treten, die zu einem Ergebniskonsens führt. Und manchmal muss ein Gericht entscheiden – oder eben die Mehrheit. Bedeutsam ist, dass die Mehrheit keinen Wahrheitsanspruch geltend machen kann. Erdulden zu können, dass man unterliegt, obwohl man sich im Recht wähnt, gehört auch zur demokratischen Bildung, zu ihrer, wie ich finde, unterschätz-

ten affektiven Seite. Diese ist bedeutsam, wenn auch ambivalent, denn Bürgerinnen und Bürger politisch zu instrumentalisieren, heisst vor allem, ihre Emotionen zu manipulieren.

Ein Fach Staatskunde existiert nicht. Béatrice Ziegler vom Zentrum für Demokratie Aarau hat politische Projektwochen für die 8. und 9. Klassen vorgeschlagen. Eine gute Idee?

Angesichts der geringen verfügbaren Zeit finde ich diesen Vorschlag sehr gut und realistisch. Er ist bedeutend besser als der Versuch, demokratische Bildung fächerübergreifend zu vermitteln, wie es heute zumeist versucht wird: Ein bisschen Politik mal hier, mal da – das vernichtet den Einblick, ist zu oberflächlich und kaum nachhaltig. Aber Modelle sind nur das eine; denn guter Unterricht hängt vor allem von der Lehrerin ab, auch zum Thema Demokratie. Wir sollten zugeben, dass nicht jeder Lehrer politische Themen ausreichend mag; wie sollte er dann die Unterschiede der drei Gewalten auf Gemeinde-, Kantons- und Bundesebene auf lebendige Weise vermitteln? Vielleicht lässt er es besser ganz und bringt seine Begeisterung für die Natur oder ästhetische Fragen in den Unterricht ein.

Demokratie und Menschenrechte werden im Lehrplan 21 unter die Leitidee der nachhaltigen Entwicklung gestellt. Leuchtet Ihnen diese Verbindung ein?

Überhaupt nicht. Nachhaltige Entwicklung ist ein wichtiges Anliegen. Im Lehrplan 21 wird die Begrifflichkeit aber geradezu beliebig verwendet. Sie mutet wie eine Überredungsvokabel an: Weil man nichts gegen nachhaltige Entwicklung und Demokratie haben kann, müssen sie – irgendwie – zusammenhängen. Solche Verknüpfungen deuten eher an, dass man sich mit der Problematik der demokratischen Lebens- und Staatsform zu wenig beschäftigt hat. Könnte es nicht sein, dass Demokratie für das Anliegen der nachhaltigen Entwicklung gar ein Problem darstellt? Wäre eine (oligarchische) Expertokratie nicht viel handlungsfähiger? Demokratie ist eben keine perfekte Staatsform, nur die am wenigsten schlechte, wie lange vor Churchill schon Aristoteles bemerkte.



Prof. Dr. Roland Reichenbach ist Professor für Allgemeine Erziehungswissenschaft an der Universität Zürich. Er habilitierte zur Demokratiebildung; sein jüngstes Forschungsprojekt fragte nach der «Politischen Bildung in der Migrationsgesellschaft».